



80 Franken kostet ein U-Abo-Monatsabonnement für Erwachsene ab kommendem Jahr – ohne Beiträge des Kantons wären es 25 Franken mehr.

BZ-ARCHIV

Heilige Kuh U-Abo

Unantastbar Sogar Bürgerliche wollen bei den Subventionen weniger sparen als die Regierung

VON BENJAMIN WIELAND

«Ungerecht», «chancenlos», «eine Katastrophe»: Der Gegenvorschlag der Baselpolizei Regierung zur Initiative «Ja zum U-Abo!» steht bei vielen Mitgliedern der landrätlichen Bau- und Planungskommission (BPK) nicht hoch im Kurs.

Schon seit mehr als sechs Wochen berät das Gremium den Gesetzesentwurf, den die Baselpolizei Bau- und Umweltschutzdirektion (BUD) Ende September verabschiedet hat. Das ist ungewöhnlich lange – hat aber einen gewichtigen Grund: Wie Recherchen der bz zeigen, brütet die Kommission über einem neuen Gegenvorschlag, der weiter gehen soll als die Regierungsvariante. Er müsste also für die U-Abos höhere Subventionen vorsehen und diese auch konkret benennen, also ein «Preisschild» enthalten. Gegenwärtig steuert der Kanton zu jedem Monatsabonnement des Tarifverbands Nordwestschweiz (TNW) 25 Franken bei. Der Regierungsrat schlägt vor, nur noch die Abos von Jugendlichen bis 25 Jahre, die sich in Ausbildung befinden, zu subventionieren – alle anderen Abos würden 25 Franken teurer.

Solch einen Aufschlag würden die Stimmbürger niemals akzeptieren, sagen sogar bürgerliche BPK-Mitglieder hinter

vorgehaltener Hand. Sie fürchten, dass der Gegenvorschlag keine Chance hat gegen die von links-grünen Kreisen lancierte Initiative «Ja zum U-Abo!». Sie verlangt, dass die Subventionierung der Abonnemente gesetzlich bindend festhalten wird.

Der Regierungsrat gab im Juli vergangenen Jahres bekannt, die Beiträge ganz einsparen zu wollen; im Oktober 2015 wurde «Ja zum U-Abo!» eingereicht.

Alternativvorschlag Road Pricing

Zum Inhalt der Diskussionen in den Sitzungen der BPK will sich niemand äussern, mit Hinweis auf das Kommissionsgeheimnis. BPK-Präsident Hannes Schweizer (SP) bestätigt, dass Varianten zum Gegenvorschlag diskutiert würden, spruchreif sei aber noch nichts. Wie die bz weiss, sind auch bizarre Ideen im Umlauf, welche die Einheit der Materie auf einen harten Prüfstand stellen würden. So steht etwa der Vorschlag im Raum, Road Pricing einzuführen. Mit diesem müssten sowohl öV-Benutzer wie Autofahrer künftig tiefer ins Portemonnaie greifen – dann wäre, das war wohl die Absicht der Urheber, die Opfersymmetrie zwischen den beiden Mobilitätsformen wieder hergestellt.

Die bürgerlichen BPK-Mitglieder halten sich mit ihrer Kritik am Gegenvorschlag zu-

«Ich lehne diesen unbrauchbaren Gegenvorschlag ab. Er spielt die Generationen gegeneinander aus. Das ist eines Regierungsrats nicht würdig.»

Jan Kirchmayr SP-Landrat

rück, stammt er doch aus der Küche «Ihrer» Regierungsrätin und BUD-Direktorin Sabine Pegoraro (FDP). Kein Blatt vor den Mund nehmen aber die Vertreter von Rotgrün. «Ich lehne diesen unbrauchbaren Gegenvorschlag ab. Er spielt die Generationen gegeneinander aus. Das ist eines Regierungsrats nicht würdig», sagt SP-Landrat Jan Kirchmayr. Für seine Grüne Kommissionskollegin Lotti Stokar wäre jeglicher Abbau beim U-Abo «total daneben». Sie befürchtet, dass die öV-Benutzer auf die Strasse zurückwechseln würden.

CVP-Vertreter Felix Keller sagt, er wisse um die Beliebtheit des U-Abos. «Doch solche Modelle, bei denen einfach pauschal ein Angebot subventioniert wird, sind überholt.» Es müsse jetzt darum gehen, neue, innovative Modelle zu finden. Den Umsteige-Effekt, wie ihn Stokar prognostiziert, fürchtet er nicht.

Falls das Stimmvolk eine Reduktion der U-Abo-Subventionen beschliesst, wartet auf die Regierung eine weitere Knacknuss. Für eine Anpassung der Beiträge braucht es einen einstimmigen Beschluss der TNW-Versammlung, welche die beiden Basel, Solothurn, Aargau und Jura sowie fünf Transportunternehmen umfasst. Ob die Versammlung Kürzungen einzelner Mitglieder portieren würde, ist zumindest fraglich.

NACHRICHTEN

ENERGIEPOLITIK Nun sollen Vorschriften den Zielen dienen

Das Volk hat die Energieabgabe an der Urne verworfen. Somit fehlen die Mittel, Förderbeiträge für freiwillige Massnahmen zu finanzieren, die das Energiegesetz, das im Januar in Kraft tritt, vorgibt. Der Landrat hat aber gemäss Energiegesetz die Kompetenz, Vorschriften zu erlassen, um den Verbrauch nicht erneuerbarer Energie zu senken. SP-Landrat Urs Kaufmann fordert nun per Motion, solche Vorschriften für bereits bestehende Bauten seien nun zu dekretieren. Zudem solle im Gesetz die dort erwähnte aber abgelehnte Energieabgabe ersetzt werden durch die Möglichkeit, wieder einen Verpflichtungskredit für Fördermassnahmen zu sprechen. Sonst laufe die Baselbieter Bevölkerung Gefahr, dass sie vom Bund zwar bei der CO₂-Abgabe zur Kasse gebeten wird, davon aber praktisch nichts in den Kanton zurückfliesst, weil dieser keine eigenen Fördermittel aufbringt. (BZ)

VERKEHRSKONTROLLEN Polizei prüft intensiver die Fahrtüchtigkeit der Lenker

Die Baselpolizei führt auf dem gesamten Kantonsgebiet intensive Verkehrskontrollen in Bezug auf die Fahrfähigkeit durch. Im Rahmen der internationalen Tispol-Vereinigung findet noch bis 18. Dezember eine europaweit angelegte Kontrollwoche statt, an der sich auch die Baselpolizei beteiligt. Nach der Grundregel «Wer fährt, trinkt nicht; wer trinkt, fährt nicht» werde die Polizei zu unterschiedlichen Tages- und Nachtzeiten intensiv kontrollieren, schreibt sie. (BZ)

BREITENBACH Neue Schule gewinnt Jugendprojektwettbewerb

Die Schulhausplanung in Breitenbach konnte gewinn in der Kategorie «Institutionen» den Jugendprojektwettbewerb Solothurn. Das Projekt ermöglichte den Schülern und Schülerinnen, ihre Vorstellungen für ihr neues Schulhaus einzubringen. Organisiert hat den Mitwirkungsprozess die Stiftung Jugendsozialwerk. Die «Kinderpartizipation Breitenbach» überzeugte die Jury mit ihrem Pioniercharakter und der frischen und authentischen Präsentation der Schüler. Diese setzten sich gegen vier Konkurrenten durch. Die Schüler wurden unterstützt von einer Delegation aus Breitenbach, mit dabei der Gemeindepräsident und zwei Schulleiter. Das Projekt erhält 2000 Franken Preisgeld. (BZ)

INSERAT

INSERAT

LONGINES
CSI ★★★★★
BASEL

LONGINES

DIE GROSSE GALA DER WELTELITE.

SPRINGTURNIER
12. BIS 15. JANUAR 2017
ST. JAKOBSHALLE
csi-basel.ch

SHOWACT:
DRESSUR IN ABSOLUTER PERFEKTION

Ein Zufall an bester Lage

Therwil Die Gemeindeversammlung entscheidet über den Kauf einer 1,2-Millionen-Parzelle

VON JULIA GOHL

Auf der Suche war Therwil nicht. Trotzdem war die Gemeinde schnell überzeugt, die Reinacherstrasse 12 zu kaufen, als deren Erbgenossenschaft dies vorschlug. «Denn als wir im Frühjahr den Richtplan verabschiedet haben, wurde beschlossen, dass die Gemeinde strategisch wichtige Parzellen erwerben soll», erklärt Gemeindepräsident Reto Wolf.

Morgen darf nun die Gemeindeversammlung entscheiden, ob die Gemeinde für die Liegenschaft 1,2 Millionen ausgeben soll. Als strategisch wichtig erachtet sie der Gemeinderat, weil sie gleich an das Grundstück mit dem ehemaligen Polizeiposten grenzt, das sich bereits im Besitz der Gemeinde befindet. Nimmt man beide Grundstücke zu-

sammen, entsteht an zentraler Lage eine Fläche von 1711 Quadratmetern. «Diese ist vielseitig nutzbar», schwärmt Wolf. Ideen seien viele vorhanden, zum Beispiel eine Nutzung für Wohnen im Alter oder für günstigen Wohnraum. «Vielleicht kann so etwas als eine Art Riegel gebaut werden, der die Anwohner im dahinterliegenden Quartier etwas vor dem Lärm der stark befahrenen Reinacherstrasse schützt.»

Wohnraum für Asylsuchende

Noch geniesse die Debatte, wie das Grundstück künftig genutzt werden soll, keine Priorität. «Das klingt jetzt nach Luxus: Einfach einmal ein Gebäude kaufen, für das noch keine Nutzung vorhanden ist», sagt Wolf. Doch mit nur wenig baulichem Aufwand könne es instand-

gestellt und in der Übergangszeit als günstiger Wohnraum für Einwohner und Asylsuchende genutzt werden. «So ist auch kurzfristig eine sinnvolle Nutzung garantiert.» So soll etwa eine asylsuchende Grossfamilie, die ihre bisherige Behausung verlassen muss, dort unterkommen.

Ein Zusammenhang zwischen dem Erwerb der Liegenschaft an der Reinacherstrasse und dem Abriss des Asylheims «Löwen» Mitte 2017 bestehe laut Wolf allerdings nicht. Da der Kanton die Gemeinde vorübergehend bei der Asylquote entlastet (bz berichtete), müsse nicht kurzfristig für Ersatz gesorgt werden. Und die langfristige Planung laufe bereits weiter. Im ersten Halbjahr 2017 werde die Gemeinde voraussichtlich mit Vorschlägen nach aussen treten.

Orange?



Eine Sehbehinderung macht den Alltag zur Herausforderung.
Spendenkonto 30-2887-6
www.sbv-fsa.ch